

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badisches Volksecho. 1946-1950 1950**

23 (27.1.1950)

# BADISCHES VOLKSECHO

Aus dem Inhalt:

Kabinett Adenauer blamiert sich auf der ganzen Linie

Papst-Dekret durchlöchert

Die „Bruderschaft“

Der Vizekanzler und die faschistische Betriebsordnung

Verlag: Nordbadische Druck- und Zeitungsvertrieb G. m. b. H., Mannheim, S. 3, 10. Fernruf Nr. 432 60. Redaktion: Mannheim, S. 3, 10. Fernruf Nr. 415 83. Chefredakteur: Willy Grimm. Vertriebsstellen: Mannheim-Neckarstadt, Mittelstr. 38, Ruf 509 35, Heidelberg, Rohrbacher Str. 13-15, Ruf 3421/25-01, Karlsruhe, Amalienstraße 69, Ruf 4023, Pforzheim, Westliche 77, Ruf 2396, Weinheim, Hauptstr. 88, Ruf 2418.

Volkszeitung für Baden

Erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis DM 2,50 einsech. Trägerlohn. Bei Postzustellung DM 2,95 zuz. DM -54 Zustellgebühr. Bankverh.: Allg. Bankgesellschaft Mhm. Kto.-Nr. 140 77, Stadt. Sparkasse Mhm. Kto.-Nr. 227. Postcheckamt Karlsruhe Kto.-Nr. 429 39. Anzeigenpreis: Siehe Anzeigenpreisliste 3. Anzeigen werden entgegengenommen in Mannheim, S. 3, 10, Ruf 432 60, und in den Vertriebsstellen.

Jahrgang 5 / Nr. 23

Freitag, 27. Januar 1950

Preis 15 Pf.

## Deutsches Recht für Deutsche gefordert

Vertagung im Demontagestop-Prozeß — Verhandlung an das Höhere Militärgericht verwiesen  
Erzwingt die Niederschlagung des Prozesses

Hannover. (EB) Der Demontagestop-Prozeß in Hannover, der die deutsche Öffentlichkeit in starkem Maße in Anspruch nahm, endete am zweiten Verhandlungstag mit der Ueberweisung an das Höhere Militärgericht.

Der Mitangeklagte, Abg. Lehmann, war trotz der Drohungen des Militärgerichtes unter Berufung auf seine Immunität zum Prozeß nicht erschienen. Am zweiten Verhandlungstag fehlte auch der Mitangeklagte Paul Müller, Gesellschafter des Volksverlages, gegen den das Gericht das Verfahren niederschlagen mußte. Das Militärgericht bewies durch seine Entscheidung in diesem Falle, auf welch schwachen Füßen die ganze Anklage steht.

Die sechs noch auf der Anklagebank sitzenden Redakteure und Angestellte des Volksverlages hatten vor Abschluß der Verhandlung und Ueberweisung an das Höhere Militärgericht sich als „nicht schuldig“ im Sinne der Anklage erklärt.

Mit der Entscheidung des britischen Militärgerichtes ist die Frage des Demontagestop-Prozesses nicht zu einem Abschluß gebracht, sondern wieder verschoben worden. Noch hat die britische Militärbehörde sich der eindeutigen Stellungnahme, ob die Redakteure für ihren Kampf um die Lebensrechte von 120 000 Menschen in Watenstedt-Salzgitter einer willkürlichen Bestrafung unterliegen sollen, entzogen. Noch ist sie einer klipp und klaren Stellungnahme, ob es in Westdeutschland ein Recht Deutscher auf Presse- und Meinungsfreiheit gibt, ausgewichen. Noch beharrt sie mit Haftbefehl gegen den Abg. Lehmann auf ihrem Standpunkt, daß es in Westdeutschland keine Immunität für Abgeordnete gibt. Noch beweist die Militärbehörde durch ihr Verhalten, daß die Bestimmungen des Grundgesetzes für uns nur ein leeres Wort sind. Noch glaubt die Militärbehörde, den aus allen Teilen und Kreisen Deutschlands erhobenen Protest gegen ihr Vorgehen, gegen die mutigen Kämpfer, gegen Demontage für die nationalen Interessen Deutschlands übergehen zu dürfen.

Wir stehen vor einem neuen Termin gegen die Angeklagten im Demontagestop-Prozeß, dieses Mal vor einem Höheren Militärgericht. Wir stehen in ganz Deutschland vor der gebieterischen Notwendigkeit, die Welle des Protestes zu verstärken. Man soll und darf die Stimme des deutschen Volkes bei den Militärbehörden nicht überhören! Der Ruf nach der Niederschlagung dieses Prozesses muß so stark und gebieterisch werden, daß die Militärbehörde nicht anders kann, als ihn zu beachten.

Der Verlauf des zweiten Prozeßtages war charakterisiert durch eine Nervosität des Gerichtes und unzählige Unterbrechungen des Verteidiger Dr. Wessig, wenn er auf die wirklichen Ursachen des Demontagestop-Prozesses, nämlich die unrechtmäßige Demontage, zu sprechen kam. Prompt erhielt er dann das Wort entzogen.

Dr. Wessig führte u. a. aus: „Wenn man das Flugblatt „Fünf Minuten vor Zwölf“ und den gleichlautenden Artikel der „Niedersächsischen Volksstimme“ eingehend studiert, wird man zu dem Ergebnis kommen, daß der Wille der Hersteller dieses Flugblattes nicht darauf gerichtet war, das Ansehen und die Sicherheit der Alliierten zu gefährden, sondern die Demontage in Watenstedt-Salzgitter zu verhindern. Ich bin der Meinung, daß, wenn die Demontage in Salzgitter rechtswidrig war, jeder Deutsche das Recht hatte, sich gegen diese Demontage in Wort und Schrift zu wenden.“

Auf die Ausführung der Anklagebehörde, die Demontage läge in der Konsequenz der

bedingungslosen Kapitulation, antwortete der Verteidiger Dr. Wessig, daß „nach diesen Ausführungen man meinen könnte, daß das Kapitulationen eine völlige Rechtlosigkeit des deutschen Volkes zur Folge habe. Dem ist keineswegs so. Es gibt nämlich eine sehr bedeutende internationale Gesetzesbestimmung, die bis ins Detail die Rechtlage Deutschlands nach der Kapitulation klärt.“

Als Dr. Wessig an dieser Stelle über das Potsdamer Abkommen sprechen wollte, entzog ihm der Präsident das Wort. Dr. Wessig fuhr fort: „Wenn mit Recht nachgewiesen werden kann, daß die Demontage rechtswidrig ist, dann ist die Verteidigung gegen diese rechtswidrige Demontage kein Angriff gegen das Ansehen und die Sicherheit der Alliierten. Wer in Notwehr handelt, kann nichts Unrechtes tun.“

Sofort wurde Dr. Wessig an dieser Stelle wieder von dem Präsidenten des Militärgerichtes unterbrochen.

Dr. Wessig bewies, daß die Anklage im Demontagestop-Prozeß auf der Militärverord-

nung Nr. 1 beruhe, die zu einer Zeit geschaffen worden ist, als die Alliierten Truppen noch keinen deutschen Boden betreten hatten und daß sich diese gegen die Naziverbrecher gerichtet habe. Diese Verordnung sei aber durch das Gesetz Nr. 14 der Alliierten Höhen Kommission aufgehoben worden.

Der englische Verteidiger Ralph Millner befaßte sich mit der Willkür der Anklageerhebung gegen die Redaktionsmitglieder.

Ein peinliches Schweigen im Gerichtssaal entstand, als festgestellt wurde, daß die Übersetzungen nicht einwandfrei seien und das Gericht sich gezwungen sah, im Verlaufe der Verhandlung den Dolmetscher zweimal zu wechseln.

## Demontierte Betriebe arbeiten wieder für den Frieden

Von 20 Werken in Magdeburg 18 wieder in Betrieb

Aus eigener Kraft

Nationale Front schafft Beispiele für Westdeutschland

Potsdam. (EB) Die Umwandlung des Landes-Volksausschusses für Einheit und gerechten Frieden im Landesausschuß der Nationalen Front wurde am Dienstag in Potsdam vollzogen. Zum Vorsitzenden des Brandenburgischen Landesausschusses der Nationalen Front wurden ein Vertreter der NDP und ein Mitglied der CDU einstimmig gewählt. In einer Resolution appelliert der Landesausschuß der Nationalen Front an die Bevölkerung des Landes Brandenburg, den Feinden des Friedens und der Demok-

kratie entschieden entgegenzutreten und erklärt dann: „Der Volkswirtschaftsplan fordert die Einheit unseres Vaterlandes und festigt den Frieden. Unsere Anstrengungen sollen für Westdeutschland ein Beispiel schaffen und den Beweis dafür liefern, daß die Nationale Front Rettung aus eigener Kraft bedeutet.“

„Rasender Magdeburger“

Ein verbesserter Typ auf der Leipziger Frühjahrmesse

Berlin. (EB) Die ersten zehn automatischen Vielstahldrehbänke, die unter dem Namen „rasender Magdeburger“ zu einer Sensation auf in- und ausländischen Messen wurde, sind bereits an Werke der Deutschen Demokratischen Republik ausgeliefert. Nach der Leipziger Frühjahrmesse soll die Serien-Anfertigung eines neuen Typs der automatischen Vielstahldrehbänke mit noch größerer Arbeitsleistung aufgenommen werden.

Westdeutschland contra Westberlin

Berlin. (EB) „Weil uns Westdeutschland mit Fertigwaren überschwemmt, haben wir jetzt fast 300 000 Arbeitslose“, erklärte gestern der erste Vorsitzende der Westberliner SPD, Franz Neumann. Westdeutschland habe nach Aufhebung der Verkehrsbeschränkungen seit 1949 über Westberlin eine Art von Blockade verhängt, die das Wirtschaftsleben der Westsektoren vollständig ruiniere.

## KPD-Delegation fährt zum 12. Parteitag der KP-Frankreichs

Mit einem in herzlichem Tone gehaltenen Schreiben hat das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Frankreichs den Parteivorstand der Kommunistischen Partei Deutschlands eingeladen, zu dem 12. Parteitag der Kommunistischen Partei Frankreichs, der in der Zeit vom 2. bis 5. April 1950 in Toulouse stattfinden wird, und dem in der gegenwärtigen Situation große Bedeutung zukommt, eine Delegation zu entsenden. Das Sekretariat des Parteivorstandes der KPD hat in seiner Sitzung vom 17. Januar beschlossen, diese nach Toulouse zu entsenden. An der Spitze der Delegation stehen der 1. Vorsitzende der KPD, Max Reimann. Weiter werden der Delegation angehören: Ernst Gerber, Betriebsratsvorsitzender der Zeche Westfalen in Ahlen/Ruhrgebiet und Peter Gingold vom Landesvorstand der KPD-Hessen in Frankfurt, der seit 1940 aktiver Kämpfer in der französischen Widerstandsbewegung war und am Nationalen Aufstand gegen Hitlers Besatzungsarmee in Paris im August 1944 teilnahm.

In dem Brief, in dem der Parteivorstand der KPD dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Frankreichs von der Entsendung der Delegation Mitteilung macht heißt es:

„Liebe Genossen! Wir wünschen Euch in der Vorbereitung und Durchführung Eures bedeutungsvollen Parteikongresses vollen Erfolg. Wir sind überzeugt, daß Euer Kongreß ein entscheidender Beitrag sein wird für den Kampf um den Frieden, die nationale Unabhängigkeit und die Völkerverständigung.“

## Wie steht es mit Handelsverträgen mit den Oststaaten?

Bundestag befaßt sich mit der Lage des Osthandels

Bonn. (Eig. Ber.) Der kommunistische Vertreter im wirtschaftspolitischen Ausschuß des Bundestages, Abg. Fritz Rische, beantragte, der Ausschuß möge sich mit der Lage des Interzonenhandelsverkehrs beschäftigen. Er forderte von der Regierung einen umfassenden Bericht über den derzeitigen Stand der Abwicklung des Interzonenhandels unter Berücksichtigung der letzten Verhandlungen in Berlin. Rische forderte weiter eine Uebersicht über den Stand der Handelsvertragsverhandlungen mit den Oststaaten. Der Antrag wurde mit den Stimmen aller übrigen Fraktionen angenommen. Die Regierung wurde beauftragt, einen Bericht über die Lage des Interzonenhandelsverkehrs vorzubereiten. In den nächsten Ausschüßsitzungen soll diese lebenswichtige Frage für das deutsche Volk weiter behandelt werden.

West-Beziehungen provoziert habe, sagt der amerikanische Kommentator James Reston in der „New York Times“. Er führt die unrechtmäßige Besetzung der Reichsbahndirektion in Berlin und die verleumderische Äußerung Achesons über die chinesisch-sowjetischen Beziehungen an und läßt durchblicken, daß in all diesen Fällen unverantwortliche Handlungen und Äußerungen amerikanischer Staatsmänner und Militärs die Spannungen verschärfen haben.

Briten verbieten Anheuerung deutscher Seeleute

Emden. (EB) Große Empörung löste unter den arbeitslosen Seeleuten Westdeutschlands das Verbot des britischen Hafenoftiziers von Emden aus, deutsche Seeleute für einen holländischen Frachter anzuheuern. Das holländische Frachtschiff hatte die angeheuertem Seeleute bereits an Bord genommen und wollte auslaufen, als der britische Befehl kam.

„Ost-West-Krise von den USA provoziert“

Berlin. (EB) Es sei nicht die Sowjetunion gewesen, die die letzten Krisen in der Ost-

## KPD-Abgeordneter Lehmann über seinen Haftbefehl

Hannover. (dpa) Der niedersächsische KPD-Landtagsabgeordnete Robert Lehmann, einer der Angeklagten im Demontagestop-Prozeß, nahm am Mittwoch vor dem Landtag zu dem gegen ihn erlassenen Haftbefehl Stellung. „Es wird sich zeigen“, sagte er, „ob dieser von britischer Seite ausgesprochene Befehl der deutschen Polizei mitgeteilt wird, und ob die deutsche Polizei es sich erlauben wird, einen unter Immunität stehenden Abgeordneten zu verhaften. Das werde ein „guter Anschauungsunterricht sein, wer in Deutschland die Polizei befehligt.“

Lehmann wird von britischer Seite für einen Artikel gegen die Demontage von Watenstedt-Salzgitter in der „Niedersächsischen Volksstimme“ (KPD) mitverantwortlich gemacht. Das Verfahren gegen ihn wurde von dem britischen Militärgericht in Hannover auf den 31. Januar vertagt. Zu den bisherigen Terminen war er nicht erschienen. Zu dem neuen Termin wurde gegen ihn ein Haftbefehl ausgestellt, der nach der Landtagsitzung in Kraft treten soll. Der KPD-Abgeordnete beruft sich auf seine Immunität als Mitglied des Niedersächsischen Landtags.

## Fünf Tote bei Straßenbahnunfall in Mannheim

Mannheim. Gestern Abend, gegen halb 6 Uhr, ereignete sich an einer scharfen Schienenkurve vor den Benz-Werken in der Schimperstraße das zweite Straßenbahnunglück innerhalb kurzer Zeit. Ein Straßenbahnwagen war aus bisher noch ungeklärten Ursachen entgleist und umgekippt. Nach den bisher noch laufenden Erhebungen wurden aus dem bei der Unglücksstelle entstandenen Haufen von Trümmern, Glasscheiben und sonstigen Wagentteilen, fünf Tote und eine größere Menge an Verwundeten geborgen. Ein Zusammenstoß der Straßenbahn mit einem anderen Fahrzeug ist nicht erfolgt.

## Schwerer Schlag für den Vatikan „Rudo Pravo“ zum Loyalitäts-Bekennnis der Geistlichkeit

Prag. (EB) „Das einmütige Loyalitäts-Bekennnis der tschechoslowakischen Geistlichkeit zum Staat und zum volksdemokratischen Regime bedeutet einen schweren Schlag für die reaktionäre Politik des Vatikans“, schreibt die Zeitung „Rudo Pravo“. Die geringe Zahl der Priester, die sich unter dem Einfluß dieser Propaganda weigerten, den Treue-Eid zu leisten, machen weniger als ein Prozent der gesamten tschechoslowakischen Geistlichkeit aus.

Die reaktionären Kreise im In- und Ausland, die sich gerade von der römisch-katholischen Geistlichkeit in der Tschechoslowakei Unterstützung erhoffte, haben — wie das Blatt betont — erfahren müssen, daß sich die Geistlichen nicht zur staatsfeindlichen Propaganda mißbrauchen lassen. Unter Hinweis auf die tatsächlichen Verhältnisse deckt „Rudo Pravo“ die Falschheit der Vatikan-Propaganda auf. Es gibt in der Tschechoslowakei, wie in dem Artikel abschließend betont wird, keine Kirchenverfolgung. Die wirtschaftliche Existenz der Geistlichen ist gesichert und die Priester genießen volle Freiheit bei der Ausübung ihrer seelsorgerischen Tätigkeit.

## Polen senkt seine Militär-Ausgaben

Warschau. (EB) Der Ausschuß für Landes-Verteidigung des polnischen Parlaments hat das vorläufige Budget für die polnischen Streitkräfte im Jahre 1950 einstimmig gebilligt. Die Militärausgaben belaufen sich in diesem Jahr auf 7,9 Prozent des Gesamthaushaltes, während sie im Vorjahre 8,4 Prozent ausmachten.

## Protest gegen Vermögenssteuer

Hamburg. Gestern sind die Hamburger Lichtspielhäuser geschlossen geblieben, aus Protest gegen die Höhe der Vermögenssteuer.

Die Kinobesitzer, die Produzenten und der Filmverleih, waren am Montag vom Wirtschaftsverband der Filmtheater zu einer Protestkundgebung eingeladen worden. Sprecher der Verbände und der Gewerkschaft protestierten gegen die ihrer Meinung nach zu hohe „Vergnügungssteuer“. Für Kinoplätze ist in Hamburg eine Sondersteuer von 25 bis 33 Prozent eingeführt, so daß ein Gesamtsteuer 45 Prozent von den Nettoeinnahmen bezahlt werden müssen.

## Im Streiflicht gesehen

### Zunahme jugendlicher Rauschgiftsüchtiger

Washington. Die Regierung der Vereinigten Staaten ist über die Zunahme der Zahl jugendlicher Rauschgiftsüchtiger beunruhigt, die nach einer Erklärung des stellvertretenden Beauftragten für Rauschgiftbekämpfung, G. W. Cunninham, besonders in New York, Chicago, San Francisco, Los Angeles und New Orleans beobachtet wird. (Nach Reuter)

### Nigerias Braut-Preisproblem

Lagos (Nigeria). Der Preis für eine „gebildete“ Braut im östlichen Nigeria ist seit 1939 von 20 auf 120 Pfund Sterling gestiegen. Die Tageszeitung in Lagos verlangt, daß die Regierung die Preise für Bräute regelt, da deren unerschwingliche Höhe eine der Ursachen sozialer Spannungen sei. (Nach Reuter)

### Beliebt die Natur zu scherzen?

Wiesbaden. Das Zustandekommen des Hakenkreuzes, das nach Pressemeldungen Anfang Januar ein Flugzeug „unbekannter Nationalität“ über München mit weißen Kondensstreifen an den Himmel gezeichnet haben sollte, ist jetzt geklärt (!) worden. Wie ein Sprecher des Hauptquartiers der amerikanischen Luftstreitkräfte in Wiesbaden mitteilte, haben an dem fraglichen Tage zwei amerikanische Düsenjäger auf einem Übungsflug durch ihre Auspuffgase zwei über Kreuz gelegte weiße Streifen verursacht. Möglicherweise habe der starke Höhenwind die Streifen nach Abflug der

### Maschinen so verweht, daß sie vom Erdboden aus als die Andeutung eines Hakenkreuzes ausgelegt werden konnten.

### Eine Zigarette entlockt Geständnis

Rom. Der Bauer Ernesto Renigio, ein leidenschaftlicher Trinker und Raucher aus der Umgebung von Turin, gestand den verhörnden Polizeibeamten — nachdem sie ihm eine Zigarette versprochen hatten — vor zwei Jahren seine Frau ermordet zu haben. Sie hatte vergessen, ihm aus der Stadt Tabak mitzubringen. Die Leiche wurde kürzlich von einem Förster gefunden, der in den Bergen bei Turin eine Wolfsfährte verfolgte. (Nach Reuter)

### Giuliano-Banden überfallen Polizeikommando

Palermo. Der Kommandeur der zur Ergreifung des sizilianischen Bandenführers Salvatore Giuliano aufgebotenen italienischen Polizeistreitkräfte, Oberst Ugo Luca, kam nur um Haarsbreite mit dem Leben davon, als sein Wagen aus dem Hinterhalt mit Maschinengewehrfeuer und Handgranaten angegriffen wurde. Luca, der sich auf einer Inspektionsfahrt befand, sprang aus dem Wagen und schickte die ihn begleitende Polizeistreife zum Gegenangriff vor. Daraufhin zogen es die Banditen vor, aus ihrem Schlupfwinkel zu verschwinden. Sie ließen einen Toten zurück, der später von der Polizei als einer der engsten Freunde Giulianos identifiziert wurde.

### Die „Brüderschaft“

Herr Dr. Adenauer und Herr von Manteuffel, beide sagen: es ist nicht wahr. Herr von Manteuffel ist, natürlich, entnazifiziert. Er war Generalleutnant bei Hitler, befehligte an der Ostfront ein Panzerkorps und während der Ardennenoffensive im Dezember 1944 die 5. Panzer-Armee.

„New York Times“ und „New York Herald Tribune“ haben interessantes Material veröffentlicht über ihn und über Dr. Adenauer. Hier zunächst einmal das nicht dementierte: Hitlergenerale und Stabsoffiziere haben sich zusammengeschlossen. „Brüderschaft“ nennen sie ihre Organisation. Wie harmlos das klingt! Bisher haben sie sich in erster Linie mit der sozialen Unterstützung ehemaliger Offiziere und der Witwen und Waisen beschäftigt, wird berichtet. Auch sehr harmlos!

Merkwürdig nur, daß, wie es heißt, gerade diese „Brüderschaft“, kaum daß Dr. Adenauer seine Propaganda für ein „deutsches Kontingent“ in einer europäischen Armee“ begann, bereit war, auf sein Ersuchen eine Reihe von Mindestforderungen zu formulieren, „die Westdeutschland im Falle einer Aufrüstung erheben müsse.“ Es wurden genannt: eine Infanterie-Division bis Juni 1950 und ein Panzerkorps bis Ende 1951.

Vorher schon, nämlich als der britische Marschall Montgomery und der französische General Lattre de Tassigny, Kommandeur der Landstreitkräfte der westeuropäischen Staaten, die Frage der Remilitarisierung Deutschlands anschnitten, hat die „Brüderschaft“ durch General Manteuffel Dr. Adenauer aufgefordert, „zurückhaltend zu sein und sich mit jedem Plan einverstanden zu erklären, der von ausländischen Offizieren kommandierte deutsche Einheiten als Bestandteil einer westeuropäischen Streitmacht vorsehe.“ Nach dieser Darstellung also ist Dr. Adenauer das Sprachrohr der „Brüderschaft“ des Herrn von Manteuffel. Was aber diese „Brüderschaft“ selbst und ihr Verhältnis zu Adenauer angeht, so spricht die „New York Herald Tribune“ von „einem ersten Schritt auf dem Wege zur offenen oder versteckten Wiederherstellung eines deutschen Generalstabes.“

Dr. Adenauer hat, wie gesagt, dementiert und ebenso Herr von Manteuffel. Aber müssen diese beiden wirklich persönlich zusammengekommen sein, um die Remilitarisierung Westdeutschlands, die Aushebung von jungen Deutschen und ihre Eingliederung in das faschistische „deutsche Kontingent“ in einer „europäischen Armee“ zu besprechen und zu planen? Das Dementi der Adenauer und Manteuffel, nämlich, daß sie keinen persönlichen Kontakt miteinander hatten, mag durchaus richtig sein. Aber ist damit etwas gegen die Richtigkeit der Verschwörung gegen den Frieden gesagt, die zweifellos in Westdeutschland unter den Fittichen der Adenauer und Manteuffel ihre unheilbringenden Fäden spinnt?

Die Sache erklärt sich einfach so: Dr. Adenauer hat Vertrauensleute, die mit den Hitlergeneralen verhandeln und ihre Ratschläge entgegennehmen. Da ist z. B. der Sekretär der Bundestagsfraktion der CDU-CSU in Bonn, Helmut Teewag. Dieser Mann, der 1939 als ehemaliger Banklehrling und Mitarbeiter an einer Zeitung in Danzig von Hitler zum Leutnant der Reserve befördert wurde, drei Jahre später Hauptmann war und 1944 bereits als Major dem Generalstab angehörte, hat in dieser Eigenschaft bis zum Mai 1945, bis 5 Minuten nach Zwölf, bei der Organisation der Fronten der Hitlerarmee und ihres Hinterlandes eine führende Rolle gespielt. Womit der Befähigungsnachweis für den Posten eines Sekretärs der Bundestagsfraktion der CDU-CSU erbracht war. Er ist natürlich entnazifiziert, genau so wie Herr von Manteuffel, mit dem er jetzt, im Auftrage von Dr. Adenauer über die Remilitarisierung verhandelt, und von dem er Instruktionen entgegennimmt, die er an Dr. Adenauer weiterleitet.

Hier ist ein Stück des Vorhanges weggerissen, hinter dem die Planer eines neuen Krieges ihr Handwerk betrieben, unbekümmert über den Proteststurm, der sich im Volke erhob, als Adenauer zum ersten Male von einem „deutschen Kontingent“ in einer „europäischen Armee“ gesprochen hatte. Demgegenüber kann es nur eine Antwort geben. Mit größerer Entschiedenheit, mit größerer Zielbewußtheit muß der Kampf gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands geführt werden. Die Jungen und die Alten, in den Betrieben vor allem, aber nicht nur dort, müssen dem Kampf zur Verteidigung des Friedens organisierte Formen geben. Friedenskomitees überall!

### Gehemdt plomatie anstelle von Mut

„Die Zeit“, Hamburg, ist als ein wichtiges Organ der westdeutschen Trust- und Konzernherren anzusehen, und sie gibt oft die Linie an, nach der die Monopolisten wünschen, daß marschiert werden soll.

Am Besuch des französischen Außenministers Schuman in Westdeutschland hat „Die Zeit“ vor allem erfreut, daß Schuman dem Bundeskanzler Adenauer seine Bewunderung ausgesprochen hat für den Mut, mit dem dieser seinerzeit die Initiative zu einer deutsch-französischen Verständigung ergriffen habe. „Deutschland hat guten Grund“, strahlt „Die Zeit“, „Robert Schuman dieses Kompliment zurückzugeben.“ Ueber die weitere Entwicklung des von Schuman gepriesenen Mutes aber hat „Die Zeit“ offensichtlich kein Vertrauen, wenn sie meint:

„Man wird hierbei (bei der Behandlung der Saarfrage, d. Red.) den Weg zum Petersberg dem in die Pressekonferenz vorzuziehen haben. Die Situation ist heikel und deshalb nicht immer geeignet für allzu öffentliche Diskussionen.“

Warum wohl glaubt „Die Zeit“, daß der Schritt in die Geheimdiplomatie in Zukunft mehr Erfolg verspricht als der eben noch so groß herausgestellte „Mut“. Es kommt dabei immer auf das Ziel an. Der Verständigung des deutschen Volkes mit dem französischen Volk auf der Grundlage gegenseitigen Vertrauens und gemeinsamen Kampfes für die Verteidigung des Friedens und gegen die Kriegstreiber wird durch offene und ehrliche Aussprachen gedient. Wer aber das Ziel hat, eine Verständigung

## Kabinett Adenauer blamiert sich auf der ganzen Linie

#### Heillose Verwirrung in Bonn

Bonn. (SID) Die Äußerungen des Justizministers Dr. Dehler (FDP), der in Hamburg das Ruhrstatut als „ausgehöhlt“ und „völlig überholt“ bezeichnet hatte, und die in einer Denkschrift des Ministeriums für Gesamtdeutsche Fragen von Minister Kaiser zur Saarfrage getroffenen Feststellungen, die den Anspruch Deutschlands auf das Saargebiet unterbauen sollte, haben bei den Hohen Kommissaren und den Alliierten großen Unwillen hervorgerufen.

Dr. Konrad Adenauer, der vor kurzem die westdeutsche Presse aufforderte, die „Bemühungen“ seines Kabinetts gegen eine Verpachtung der saarländischen Gruben an Frankreich zu unterstützen, bat in der Bundespressekonferenz vom 24. 1. 50 nach der aufsehenerregenden Unterrichtung mit dem amerikanischen Hochkommissar McCloy in Bad Homburg durch seinen Pressechef, die Presse möge sich so ruhig wie möglich verhalten, damit die im Ausland aufgetragenen Gemüter wieder besänftigt würden.

Am vergangenen Montag hatte Adenauer in einer offiziellen Erklärung Dr. Dehler für

seine Hamburger Rede zurückgepfiffen. In der Kabinettsitzung am Dienstag nahm sich Dr. Adenauer seine Minister nochmals besonders vor, um solche Pannen, wie die Rede Dehlers, künftig zu vermeiden. In dem vom Bundeskabinett herausgegebenen Pressecommuniqué heißt es u. a.:

„Die Herstellung eines guten Verhältnisses zwischen Frankreich und Deutschland, die Förderung des europäischen Gedankens ist von so entscheidender Bedeutung, daß alle Beteiligten dazu beitragen müssen. Jede Störung der bisherigen vielversprechenden Entwicklung durch die Saarfrage zu vermeiden.“

In der Bundespressekonferenz konnte der Bundespressechef Bourdin weder mitteilen, welche Ergebnisse die „vielversprechenden Entwicklungen“ im Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland bisher gezeitigt haben, noch konnte er auf die Frage, ob das Kabinett Adenauer seinen bisherigen Standpunkt in der Saarfrage geändert habe, eine Antwort geben. Auch die westdeutsche Bevölkerung will Adenauer auf seine Politik verpflichten. Er wünscht nämlich: „das alles geschehen muß, um dem deutschen Volk klar zu machen, daß seine Zukunft identisch ist mit der Zukunft Europas, und daß daher allen sich hier und dort zeigenden nationalistischen Bestrebungen gleich welcher Richtung entschieden entgegengetreten werden muß.“

Die Verwirrung im Kabinett Adenauer nach dem Anpfiff der Hohen Kommissare ging soweit, daß der Bundespressechef Bourdin bekannt gab, daß Adenauer von der Denkschrift des Ministers Kaiser über die Saarfrage vorher nicht in Kenntnis gesetzt worden sei. Er mußte aber zur gleichen Stunde ein Schreiben des Ministeriums für Gesamtdeutsche Fragen vorlesen, in dem Minister Kaiser zurückschlägt und feststellt, daß vor dem Besuch des französischen Außenministers Schuman diese Denkschrift an Adenauer und die Minister ausgehändigt wurde, damit sie sich über den Stand der Saarfrage orientieren können.



„In China muß der Imperialismus seine Flagge streichen“

### Papst-Dekret durchlöchert

Die Priester aller Konfessionen, die in der Tschechoslowakei vertreten sind, haben in den letzten Tagen vor den Kreis- oder Bezirksnationalausschüssen einen Eid geleistet, worin sie geloben, auf Ehre und Gewissen der tschechoslowakischen Republik und ihrem volksdemokratischen System die Treue zu bewahren und nichts gegen deren Interessen, Sicherheit und Integrität zu unternehmen.

„Ich werde als Bürger des volksdemokratischen Staates gewissenhaft meine Pflichten erfüllen, die sich aus meiner Stellung ergeben, und werde bemüht sein, die Aufbaubestrebungen, die auf das Wohl des Volkes hinielen, nach Kräften zu unterstützen.“

Erzbischof Josef Beran leistete den Eid vor dem Ministerpräsidenten Z a p o t o c k y. Der Kanonikus der Prager Wschyrad-Kathedrale erklärte nach Ablegung des Eides:

„Nun haben wir eine Republik. Endlich haben wir unsere Freiheit gewonnen, und es ist notwendig, mit dem Volke zusammenzuarbeiten. Ich weiß, daß dies die Pflicht eines jeden Bürgers ist.“

Der Versuch des Erzbischofs von Olmütz, M a t o c h a, unter dem Druck des Vatikans bestimmte Bedingungen an den Treueid zu knüpfen, ist gescheitert. Und diese Bedingungen sind stillschweigend unter den Tisch gefallen.

Was wir da eben in der Tschechoslowakei erleben, ist eine Niederlage der Reaktion im Vatikan, auf dessen Anstiftung die Widerstände gewisser Kreise des tschechoslowakischen Klerus gegen den volksdemokratischen Staat zurückzuführen waren.

Die Sache erklärt sich einfach so: Dr. Adenauer hat Vertrauensleute, die mit den Hitlergeneralen verhandeln und ihre Ratschläge entgegennehmen. Da ist z. B. der Sekretär der Bundestagsfraktion der CDU-CSU in Bonn, Helmut Teewag. Dieser Mann, der 1939 als ehemaliger Banklehrling und Mitarbeiter an einer Zeitung in Danzig von Hitler zum Leutnant der Reserve befördert wurde, drei Jahre später Hauptmann war und 1944 bereits als Major dem Generalstab angehörte, hat in dieser Eigenschaft bis zum Mai 1945, bis 5 Minuten nach Zwölf, bei der Organisation der Fronten der Hitlerarmee und ihres Hinterlandes eine führende Rolle gespielt. Womit der Befähigungsnachweis für den Posten eines Sekretärs der Bundestagsfraktion der CDU-CSU erbracht war. Er ist natürlich entnazifiziert, genau so wie Herr von Manteuffel, mit dem er jetzt, im Auftrage von Dr. Adenauer über die Remilitarisierung verhandelt, und von dem er Instruktionen entgegennimmt, die er an Dr. Adenauer weiterleitet.

Hier ist ein Stück des Vorhanges weggerissen, hinter dem die Planer eines neuen Krieges ihr Handwerk betrieben, unbekümmert über den Proteststurm, der sich im Volke erhob, als Adenauer zum ersten Male von einem „deutschen Kontingent“ in einer „europäischen Armee“ gesprochen hatte. Demgegenüber kann es nur eine Antwort geben. Mit größerer Entschiedenheit, mit größerer Zielbewußtheit muß der Kampf gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands geführt werden. Die Jungen und die Alten, in den Betrieben vor allem, aber nicht nur dort, müssen dem Kampf zur Verteidigung des Friedens organisierte Formen geben. Friedenskomitees überall!

### Auf Modena folgt Ivry

(SID) Es war kein Zufall, daß in Italien, dem Lande mit der stärksten kommunistischen Partei in Westeuropa, und daß gerade in Modena, einer der stärksten Arbeiterbasen in diesem Lande, sechs Arbeiter erschossen und etwa 50 verletzt wurden. Auf das Blutbad von Modena folgte nun in dem anderen Lande Westeuropas, wo die kommunistische Partei die Mehrheit der Wertschöpfenden führt, in Frankreich, ein reaktionärer Anschlag, mit dem Ziel, die Bevölkerung des ganzen Landes zu terrorisieren. Wiederum suchten sich die Kriegstreiber die stärkste Bastion der Arbeiterklasse, die Industriestadt Ivry, am Rande von Paris aus, eine Stadt, wo die kommunistische Partei bei den letzten Wahlen 60 Prozent der Stimmen erhielt.

1500 Mann der Bürgerkriegsgarde des Generals de Gaulle führen, auf Jepps, bewaffnet und mit Stahlhelmen und Lederjacken ausgerüstet in Ivry ein, unter dem Vorwand, einen Massenverkauf der gaullistischen Zeitung „Rassemblement“ zu organisieren. Mit Rufen „de Gaulle an die Macht“ versuchten sie, die Arbeiterbevölkerung zu provozieren. Nur die sofortige Ansammlung von Tausenden von Arbeitern konnte es verhindern, daß sie ihre Absicht, den Sitz der kommunistischen Partei zu zertrümmern, nicht durchführen konnten und wieder umkehren mußten. Vor allem das entschlossene Auftreten der Frauen, die aus allen Fenstern Blumentöpfe und Nachgeschirre auf die Bürgerkriegsgardisten warfen, vertrieben sie nach einigen Stunden wieder aus der Stadt.

Das ist heute wohl kein Zweifel mehr daran erlaubt, daß alles, was Hitler von 1933 bis 1939 getan und getrieben hat, der Vorbereitung eines Krieges diente. Selbst was den „Sozialismus“ der NSDAP betraf, waren lediglich ein gewaltiger Betrug. Die KdF-Schiffe waren die modernen Truppen-transporter, die man notwendig brauchte für den Krieg, und in den „Volkswagen“ wurden deutsche Soldaten an der Ostfront, in Afrika und in Frankreich in den Tod gejagt.

Das alles aber hatte zur Voraussetzung, die Entrechtung der Arbeiter. Diese wurde begonnen mit dem „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“, das am 1. Mai 1934 verkündet wurde und das die Rechte der Arbeiter, die sie sich 1918 errungen hatten, restlos beseitigte. Nicht etwa, daß die sozialen Maßnahmen der Weimarer Republik mustergültig gewesen wären, dazu fehlte viel. Aber der Artikel 165 der Weimarer Verfassung besagte:

„Die Arbeiter und Angestellten sind dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit dem Unternehmer an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken.“

Außerdem sicherte dieser Artikel der Weimarer Verfassung auch die Rechte der Betriebsräte. Hitlers Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit setzte alle diese Bestimmungen außer Kraft und sagte kurz und lakonisch im § 2:

„Der Führer des Betriebes entscheidet der Gefolgschaft gegenüber in allen betrieblichen Angelegenheiten.“

der deutschen und französischen imperialistischen Kriegstreiber auf Kosten der Völker durchzuführen, der ging schon immer den Weg der Geheimdiplomatie.

Wenn der Kanzler nicht einmal mehr das Parlament befragt, ob es mit Abkommen, die unter Ausschluss der Öffentlichkeit auf dem Petersberg beschlossen werden, einverstanden ist, wie es in der Vergangenheit schon war, und wie es „Die Zeit“ auch für die Zukunft wünscht, dann haben solche Abkommen das Licht der Öffentlichkeit zu fürchten, weil sie den Interessen des Volkes widersprechen. Darum auch baut man die Demokratie ab. E. M.

## Aenderung der Besetzungsgesetzgebung gefordert

Bonn. (Eig. Ber.) Daß die Verhängung der Todesstrafe z. B. für die unbefugte Uebersmittlung von Nachrichten, die das Vermögen der Alliierten Streikkräfte gefährden, oder wer in den Besitz solcher Nachrichten gelangt und die Kenntnis solcher Nachrichten unbefugt für sich behält, einen „Fortschritt“ darstellen sollen, wie es der Herr Justizminister hingestellt habe, könne von keinem Deutschen verstanden werden. Dies erklärte der Abg. Leibbrand in der Debatte um einen Antrag der KPD-Fraktion, die gefordert hatte, daß die Bundesregierung eine Erklärung über das von der Alliierten Hohen Kommission am 25. November 1949 erlassene Gesetz über „Strafbare Handlungen gegen Besatzungsinteressen“ abgibt. Justizminister Dehler hatte der KPD-Fraktion geantwortet, daß das neue Besatzungsrecht einen „erheblichen Fortschritt“ darstelle.

Die Versprechungen der westlichen Alliierten, dem deutschen Volke mehr Freiheit und Selbstbestimmung zu gewähren, erweisen sich wie man an diesem Gesetz erkenne könne als leere Worte. Die Militärgesetzgebung des Jahres 1945 als Vergleich heranzuziehen, sei völlig ausgeschlossen, stellte Leibbrand weiter fest, da zwischen der Zeit der unmittelbaren Besetzung und heute nach fünf Jahren ein erheblicher Unterschied bestünde. Wie wenig sich in der Gesetzgebung der Besatzungsmächte geändert habe könne man auch daran erkennen, daß zum Beispiel Teilnehmer an einer öffentlichen Versammlung die von den Besatzungsbehörden verboten ist, 10 Jahre hinter Gitter gebracht werden können. Wie so etwas in der Praxis aussähe, sei an dem Prozeß gegen die acht Deutschen, die einen Aufruf gegen die Demontage in der „Niederrheinischen Volksstimme“ veröffentlicht hatten, zu sehen. Selbst die Immunität von Abgeordneten werde trotz aller Proteste der Landtage und des Bundestages nicht geachtet.

Der Sprecher der SPD-Fraktion, Dr. Greve, wandte sich ebenfalls gegen die Auf-

fassung des Justizministers. Er beantragte, daß die Bundesregierung beauftragt wird eine Angleichung der Militärgesetzgebung an deutsche Rechtsnormen und deutsches Verfassungsrecht bei der Hohen Kommission zu erreichen.

Damit war auch die KPD-Fraktion einverstanden und der Bundestag beschloß einstimmig, das Kabinett Adenauer in diesem Sinne zu beauftragen.

### „Die Kriegspolitik muß zum Scheitern gebracht werden“

#### Entscheidung des Landesvorstandes der KPD Baden

Folgende Resolution wurde in der LV-Sitzung der KPD, Land Baden, am vergangenen Wochenende einstimmig angenommen:

Die Tatsache, daß acht Deutsche vor ein britisches Militärgericht gestellt wurden, weil sie gegen die brutale Entrechtung unseres Volkes, gegen die systematische Zerstörung der deutschen Industrie ihre Stimme erhoben, zeigt, daß die anglo-amerikanischen Kriegsbrennstifter durch die konsequente Friedenspolitik der Sowjetunion, die immer stärker werdende Weltfriedensbewegung, nicht zuletzt durch den Sieg des chinesischen Volkes und die Bildung der DDR immer mehr in die Enge getrieben werden und so allen Mitteln greifen, um ihre Ziele zu erreichen. Sie wissen, daß sie ihre Pläne zur Entfesselung eines neuen Krieges nicht verwirklichen können, ohne daß sie die deutschen Friedenskräfte und die in Westdeutschland an deren Spitze stehende kommunistische Partei zum Schweigen bringen und lahm legen.

Die anglo-amerikanischen Kriegsbrennstifter und ihre deutschen Helfershelfer wissen, daß unser Volk schwer für ein Söldnerheer, zum Zwecke billigen Kanonenfutters zu sein, gewonnen werden kann. Deshalb sind sie dabei, durch die Demontagen den Werktätigen die Arbeitsplätze zu rauben, deshalb drosseln sie die deutsche Wirtschaft, deshalb betreiben sie eine scham-

lose Hetze gegen die Sowjetunion, die Volksdemokratien und die DDR, um den brotlos gewordenen verzweifelten Menschen nicht zuletzt den tausenden Flüchtlingen, die Schaffung einer Söldnertruppe und die Entfesselung eines neuen Krieges als eine Befreiung vom Elend erscheinen zu lassen. Dem durch das Ruhrstatut aus dem deutschen Wirtschaftskörper herausgelösten Ruhrgebiet hat man hierbei die Rolle der amerikanischen Waffenschmiede in Europa zugeordnet. Diese Kriegspolitik muß zum Scheitern gebracht werden.

Die Verteidigung der acht Mitarbeiter der „Niederrheinischen Volksstimme“ und deren Freiheit ist ein Beitrag hierzu und gibt auch uns hier in Südbaden Veranlassung, die Aktionseinheit mit den sozialdemokratischen Mitgliedern und Anhängern, mit den christlichen- und parteilosen Arbeitern in den Betrieben und Gemeinden in Stadt und Land für die Erhaltung des Arbeitsplatzes, für die Erhöhung der Löhne und Gehälter, für die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, gegen die weitere Verelendung unseres Volkes stärker zu entfalten.

Der Landesvorstand fordert darum die Kreisorganisationen und Ortsgruppen der Partei auf, alles zu unternehmen, um in der Öffentlichkeit und in den Betrieben diesen Protest gegen das Militär-Gerichtsverfahren zu verstärken und die Absichten der Kriegshetzer zu vereiteln.

### Gen. Leibbrand legt Bundestagsmandat nieder

Stuttgart. Genosse Robert Leibbrand hat im Einvernehmen mit der Parteiliste sein Mandat als Bundestags-Abgeordneter niedergelegt, um sich voll seinen Funktionen als Landesvorsitzender und Fraktionsvorsitzender im Landtag widmen zu können. Als Nachfolger des Genossen Leibbrand wird Genosse Rudolf Kohl in den Bundestag einreten.

## Der Vizekanzler und die faschistische Betriebsordnung

#### Es gibt keine Kameradschaft von Arbeitgebern und Arbeitnehmern

Das ist heute wohl kein Zweifel mehr daran erlaubt, daß alles, was Hitler von 1933 bis 1939 getan und getrieben hat, der Vorbereitung eines Krieges diente. Selbst was den „Sozialismus“ der NSDAP betraf, waren lediglich ein gewaltiger Betrug. Die KdF-Schiffe waren die modernen Truppen-transporter, die man notwendig brauchte für den Krieg, und in den „Volkswagen“ wurden deutsche Soldaten an der Ostfront, in Afrika und in Frankreich in den Tod gejagt.

Das alles aber hatte zur Voraussetzung, die Entrechtung der Arbeiter. Diese wurde begonnen mit dem „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“, das am 1. Mai 1934 verkündet wurde und das die Rechte der Arbeiter, die sie sich 1918 errungen hatten, restlos beseitigte. Nicht etwa, daß die sozialen Maßnahmen der Weimarer Republik mustergültig gewesen wären, dazu fehlte viel. Aber der Artikel 165 der Weimarer Verfassung besagte:

„Die Arbeiter und Angestellten sind dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit dem Unternehmer an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken.“

Außerdem sicherte dieser Artikel der Weimarer Verfassung auch die Rechte der Betriebsräte. Hitlers Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit setzte alle diese Bestimmungen außer Kraft und sagte kurz und lakonisch im § 2:

„Der Führer des Betriebes entscheidet der Gefolgschaft gegenüber in allen betrieblichen Angelegenheiten.“

Damit war der Kasernenhof auch auf den Betrieb erweitert und die sogenannte „Kriegskameradschaft“ mit der Kommandogewalt des Führers und der Gehorsamspflicht der Unterbenen wurde in den Betrieb getragen. Der wichtigste Schritt war getan, um später den „totalen Krieg“ führen zu können.

Wer nun aber angenommen hatte, daß man in Deutschland nach der Niederlage des Hitlerismus die alten Rechte der Arbeiter wieder herstellen würde, hatte sich gründlich geirrt. Zwar, wo man Volksabstimmungen darüber zuließ, stimmte die überwiegende Mehrheit für das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter. Aber es wurde niemals verwirklicht. Dagegen soll nach dem Willen der Schwerindustrie, der inner- und ausländischen Kriegstreiber und ihrer Handlanger in Westdeutschland das Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern im Geiste des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit gestaltet werden.

Es ist nicht schwer, zu erkennen, daß das, was Blücher vertritt, mit dem, was Adolf Hitler zu seinen Kriegsvorbereitungen für nötig hielt, weitgehend übereinstimmt. Die Werktätigen in Westdeutschland aber erinnern sich auch, daß der Hitlerismus erst nach der Entrechtung der Arbeiterklasse das ganze Volk entrechtet und in den Krieg hetzen konnte. Darum ist der Kampf der Arbeiter um das Mitbestimmungsrecht gleichzeitig ein Kampf um die demokratischen Rechte des Volkes und ein bedeutender Abschnitt des Kampfes um den Frieden. E. M.

„Die Arbeiter und Angestellten sind dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit dem Unternehmer an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken.“

Außerdem sicherte dieser Artikel der Weimarer Verfassung auch die Rechte der Betriebsräte. Hitlers Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit setzte alle diese Bestimmungen außer Kraft und sagte kurz und lakonisch im § 2:

„Der Führer des Betriebes entscheidet der Gefolgschaft gegenüber in allen betrieblichen Angelegenheiten.“

der deutschen und französischen imperialistischen Kriegstreiber auf Kosten der Völker durchzuführen, der ging schon immer den Weg der Geheimdiplomatie.

Wenn der Kanzler nicht einmal mehr das Parlament befragt, ob es mit Abkommen, die unter Ausschluss der Öffentlichkeit auf dem Petersberg beschlossen werden, einverstanden ist, wie es in der Vergangenheit schon war, und wie es „Die Zeit“ auch für die Zukunft wünscht, dann haben solche Abkommen das Licht der Öffentlichkeit zu fürchten, weil sie den Interessen des Volkes widersprechen. Darum auch baut man die Demokratie ab. E. M.

„Die eigentliche Verantwortung dürfe jedoch nur bei den gesetzlich dafür vorgesehenen Instanzen liegen“, betonte der Minister mit Nachdruck. „Sie könne man nicht auf die Belegschaft übertragen, da für diese keine gesetzliche Mithaftung bestehe.“ („Die Neue Zeitung“, 23. 1. 1950.)

Das ist eine klare Absage an das Mitbestimmungsrecht der Betriebsarbeiter und ein klares Bekenntnis zu dem Geist des hitlerischen Gesetzes über die Ordnung der nationalen Arbeit. Damit auch kein Zweifel entsteht, lautet die Ueberschrift zu diesem Bericht in der „Neuen Zeitung“: „Blücher fordert Kameradschaft von Arbeitgebern und Arbeitnehmern“ und die Unterüberschrift: „Nur soziale Fragen sollen gemeinsam beraten werden.“ So sagte es Blücher, und das entspricht dem Geist der das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit beherrschte. In ihm hieß es in § 5 Abs. 1:

„Dem Führer des Betriebes treten aus der Gefolgschaft Vertrauensmänner beratend zur Seite. Sie bilden mit ihm und unter seiner Leitung den Vertrauensrat des Betriebes.“

„Die eigentliche Verantwortung dürfe jedoch nur bei den gesetzlich dafür vorgesehenen Instanzen liegen“, betonte der Minister mit Nachdruck. „Sie könne man nicht auf die Belegschaft übertragen, da für diese keine gesetzliche Mithaftung bestehe.“ („Die Neue Zeitung“, 23. 1. 1950.)

Das ist eine klare Absage an das Mitbestimmungsrecht der Betriebsarbeiter und ein klares Bekenntnis zu dem Geist des hitlerischen Gesetzes über die Ordnung der nationalen Arbeit. Damit auch kein Zweifel entsteht, lautet die Ueberschrift zu diesem Bericht in der „Neuen Zeitung“: „Blücher fordert Kameradschaft von Arbeitgebern und Arbeitnehmern“ und die Unterüberschrift: „Nur soziale Fragen sollen gemeinsam beraten werden.“ So sagte es Blücher, und das entspricht dem Geist der das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit beherrschte. In ihm hieß es in § 5 Abs. 1:

„Dem Führer des Betriebes treten aus der Gefolgschaft Vertrauensmänner beratend zur Seite. Sie bilden mit ihm und unter seiner Leitung den Vertrauensrat des Betriebes.“

„Dem Führer des Betriebes treten aus der Gefolgschaft Vertrauensmänner beratend zur Seite. Sie bilden mit ihm und unter seiner Leitung den Vertrauensrat des Betriebes.“

## Pressestimmen

### Labour-Wahlprogramm redet um entscheidende Fragen herum

Die neue Erklärung der Politik der Labour-Regierung „Let us win Through Together“ (Gemeinsam zum Sieg) muß als ein einzigartig unbefriedigendes Dokument gewertet werden. Jede Diskussion über die Probleme, die das Labour-Programm der Politik der Vollbeschäftigung und des gerechten Lohnes für jeden bedrohen, ist ausgeschlossen worden, und was übrig blieb ist ein Serie guter Absichten und die erwartete Zusammenstellung von Vorschlägen zur Nationalisierung und „Mutualisierung“. Weder die Vereinigten Staaten noch der Marshallplan werden in diesem Dokument erwähnt, und das Wort „Dollar“ erscheint nur einmal in einem Absatz, der die Fortdauer der Kontrollen rechtfertigen soll.

Die drei Schwierigkeiten, denen sich jede Regierung gegenüber sehen wird und mit denen sich jedes Wahlprogramm beschäftigen sollte, sind:

1. Wie man bis 1953 von der amerikanischen Hilfe unabhängig sein kann,
2. Wie man unsere gegenwärtige Last der Militärausgaben tragen oder sie reduzieren kann, und
3. Wie das Problem der Löhne und Preise gelöst wird.

Indem das Wahlprogramm um alle diese Punkte herumredet, macht es einen beschränkten und unwichtigen Eindruck und wird die Kandidaten der Labour Party nicht in der Beantwortung der berechtigten Fragen einer mündigen Wählerschaft unterstützen. „The New Statesman and Nation“, London.

Die Politik des Lohnstopps, die vom Exekutivrat des Gewerkschafts-Kongresses vorgeschlagen worden war, wurde zwar gebilligt, jedoch nur mit 4 263 000 Stimmen gegen 3 606 000. Dieses knappe Abstimmungsergebnis steht nicht nur im Gegensatz einer 6:1-Mehrheit, wie sie im September in Bridlington erzielt wurde, sondern es ist auch charakteristisch, daß die Bergarbeitergewerkschaft, die sich unter denen befanden, die dagegen stimmte, die einzige war, die über diese Frage unter ihren Mitgliedern eine Urabstimmung durchführte. Wenn die beiden großen Gewerkschaften, deren Stimmen die Hälfte der für den Exekutivrat abgegebenen ausmacht, ebenfalls eine Urabstimmung unter ihren Mitgliedern durchgeführt hätten, so hätte das Ergebnis eine entschiedene Zurückweisung der Lohnstop-Politik sein können.

„The New Statesman and Nation“, London.

### Das wahre Gesicht der „amerikanischen Demokratie“

Herr Acheson hat dem Vorsitzenden des Außenpolitischen Ausschusses des Senats, der seit langem als Fürsprecher Franco-Spaniens bekannt ist, versichert, die Regierung der Vereinigten Staaten sei bereit, für eine Resolution der Vereinten Nationen zu stimmen, die jeder Regierung freie Wahl bei der vollen diplomatischen Anerkennung Spaniens zuliebe. Damit sind die Gerüchte, die seit dem letzten Besuch amerikanischer Politiker in Spanien kursierten, Tatsachen geworden.

Zwar haben die Amerikaner gewisse Einwendungen gegen das Regime, aber die weltweite Lage fordert die Sammlung aller Feinde des Bolschewismus. Realitäten sind stärker als Ressentiments, man darf das nur nicht zu oft sagen.

„Frankfurter Allgemeine Zeitung“

„Das Fehlen eines realistischen Versuches im Manifest der Labour Party, das Problem der Löhne und Preise zu behandeln, wird nach dem Ergebnis der Konferenz der Ge-

KARLSRUHE

Polizei auf Ochsenjagd

Der Polizeibericht meldet:

Karlsruhe. Gegen Mitternacht sprang ein Ochse herrenlos durch die Durlacher Allee. Er war einem Viehhändler beim Abladen im Viehhof entlaufen und obwohl sofort die in der Oststadt verfügbare Polizei versuchte, ihn einzufangen, sprang er mit unverminderter Geschwindigkeit durch einige Straßen der Oststadt und der Altstadt, bis er endlich gestoppt u. zum Viehhof zurückgebracht werden konnte, ohne daß ein Unfall eingetreten war.

Eine 70jährige Frau mußte mit einem Oberarmbruch ins Krankenhaus eingeliefert werden. Sie war in einem Kaufhaus an der Treppenkante hängengeblieben und gestürzt.

Ein 80jähriger Rentner erlitt einen Rippenbruch, als er auf der Straße über einen Stein stolperte und auf den Randstein fiel.

Ein Schlosser wollte auf sein mit Bündelholz beladenes Pferdewerk im Fahren aufsteigen, kam jedoch hierbei zu Fall und zog sich eine Gehirnerschütterung zu.

Ein Landwirt glitt beim Holzaufstapeln im Hardtwald aus, als er ein schweres Holzstück hinzutrug. Es fiel ihm dabei auf den Unterschenkel, wobei er einen Unterschenkelbruch erlitt.

Nicht genügend Mittel für Soforthilfe Karlsruhe (Lwb). Das Amt für Soforthilfe in Karlsruhe wird in den nächsten Tagen etwa 480000 DM für Hausratshilfe auszahlen. Rund 3200 Familien und Einzelpersonen werden in den Genuss der Auszahlung kommen. Damit wurden vom Amt für Soforthilfe in Karlsruhe alle Anträge der Dringlichkeitsstufe erledigt.

Die Abwicklung der Fälle in den nachfolgenden Dringlichkeitsstufen muß auf Weisung des Hauptamtes für Soforthilfe vorläufig zurückgestellt werden, da keine Mittel zur Verfügung stehen.

Stadt will Kleingärtnern Gelände wegnehmen Karlsruhe (Lwb). Ed. 600 Karlsruher Kleingärtner protestieren in einer Denkschrift an die Stadtverwaltung gegen die Kündigung ihres Kleingartens. Durch die Wegnahme von rund 6,5 Hektar durch die Stadt entsteht den Kleingärtnern ein Verlust von insgesamt DM 208 785.—.

Die Stadtverwaltung Karlsruhe hatte am 8. Dezember vergangenen Jahres ohne vorherige Fühlungnahme mit den Kleingärtnern ihnen die Gärten gekündigt, weil das Gelände für Industrie- u. Gewerbe Zwecke gebraucht werde.

Badisches Staatstheater

Karlsruhe. Am Freitag, den 27. Januar, 18 Uhr, findet vorläufig die letzte Aufführung von „Cavalleria rusticana“ und „Der Bajazzo“ im freien Kartenvorverkauf statt. In dieser Vorstellung, die auch im Schülerabonnement gegeben wird, sind nur Schüler der oberen Klassen anwesend.

Am Samstag, den 28. Januar, 19.30 Uhr, findet die alleinige Uraufführung „Napoleon in New Orleans“ von Georg Kaiser in der Inszenierung von Albert Fischel statt. Das Bühnenbild entwarf Wolfgang Kllim. Die Hauptrollen sind besetzt von den Damen: Grütz, Hanses und Schindelhütte; den Herren: Kürten, Leitgeb, Röllberg und Wildberg.

Berufung an die Farouk-Universität Alexandria

Durch die ägyptische Unterrichtsverwaltung ist der Dipl. Ing. Hartmut Lohmeyer, bisheriger Assistent am Lehrstuhl Prof. Haupt an der Architektur-Abteilung der Techn. Hochschule Karlsruhe, als Lehrkraft an die Farouk-Universität in Alexandria berufen worden.

Statistische Erfassung des Personenkreis Karlsruhe. Das städt. Statistische Amt, Otto Sachs-Str. 5, weist darauf hin, daß die Meldedfrist für die unter Art. 131 des Grundgesetzes fallenden Personen bis 28. 1. 1950 verlängert worden ist. Personen, die bisher versäumt haben, eine Zählkarte auszufüllen, werden gebeten, diese Gelegenheit wahrzunehmen.

Die Milch darf nicht teurer werden

Milchpreiserhöhung muß auf geschlossenen Widerstand stoßen

Bei einer Erhöhung des Fettgehaltes unter Beibehaltung des augenblicklichen Verbraucherpreises den Landwirten ein höherer Preis für ihre Milch bezahlt werden kann. Denn der augenblickliche niedrige Fettgehalt der Milch liegt ja nicht an den Bauern, die die Milch abliefern, sondern an den Milchzentralen, die aus der Milch möglichst viel Butter herausholen und der Bevölkerung eine mit Magermilch gepanschte entrahmte „Standardmilch“ zu hohen Preisen verkaufen. Wie kann man deshalb überhaupt fragen, ob die Bevölkerung für eine bessere Milchqualität auch mehr Geld zu zahlen bereit ist?

Die Bevölkerung hat das Recht, eine reine, fettreiche Milch zu verlangen und auch die Bauern können berechtigt fordern, daß ihnen ein erhöhter Preis gezahlt wird, ohne daß dem städtischen Verbraucher deshalb eine weitere Belastung zugemutet wird. Im übrigen haben wir die Zuschrift einer Arbeiterin aus dem Kreise Waldshut vorliegen, die dazu folgendes schreibt:

Unsere Kinder brauchen die Milch

„Wie bekannt wird, soll in Zukunft reine Vollmilch ausgegeben werden. In der Zeitung stand zu lesen, daß die Milchgenossenschaften beabsichtigen, den Milchpreis auf 40 Pfennige zu erhöhen. Sollte dies wirklich der Fall sein, so werden wir Verbraucher uns dagegen energisch zur Wehr setzen. Der augenblickliche Milchpreis ist wirklich hoch genug und es fällt manchem Arbeiter, der mehrere Kinder ernähren muß, schwer, das notwendige Geld für die Milch aufzubringen. Der Milchpreis ist weiter zu erhöhen, hieße, den Arbeiterkindern die zu ihrer Ernährung so notwendige Milch zu entziehen. Sollte oben erwähnter Fall eintreten, so wird es Aufgabe der Gewerkschaften sein, sich einzuschalten (a. h.)“

Ballast über Bord

Die Partei säubert sich von feindlichen Elementen

Heidelberg. Der Kreisvorstand der KPD Heidelberg gibt folgende Erklärung ab:

Am 2. 1. 50 erhielt der Kreisvorstand der Kommunistischen Partei die Austrittserklärung des früheren Kreisvorstandsmitgliedes Hans Neumeister ohne nähere Begründung.

Das hohe Kommissariat (frühere Mil.-Reg.) war interessanterweise bereits am 31. 12. 49 über diesen Austritt unterrichtet.

Der Bevollmächtigte der Industrie-Gewerkschaft Nahrung und Genuß, bei der Hans Neumeister als Sekretär beschäftigt ist, wurde von ihm ebenfalls von seinem Austritt in Kenntnis gesetzt, bevor er es für notwendig hielt, die Partei davon zu informieren.

Bereits seit längerer Zeit hat Hans Neumeister in persönlichen Diskussionen immer wieder versucht, parteifeindliche Argumente in die Partei hineinzutragen. In einer gewundenen Form verbunden mit scheinbarem Zurückweichen versuchte er seinen Argumenten einen „objektiven“ Anstrich zu geben.

Anläßlich der letzten Kreisdelegiertenkonferenz am 16. Oktober 1949 hat er nach ausführlicher Diskussion eine Erklärung abgegeben, mit der er sich voll und ganz hinter die Politik der Partei stellte und deren Resolution über die Notwendigkeit der ideologischen Festigung und Stärkung zustimmte. Wie mehrfach Neumeister in politischen Fragen ist, geht aus der Tatsache hervor, daß er bereits auf dem Heimweg wieder seine zersetzende und parteifeindliche Tätigkeit aufnahm.

In einem Gespräch mit dem Kreissekretariat nach seinem Austritt versuchte er als Begründung für sein Verhalten persönliche Differenzen vorzuschleppen. Nach Widerlegung dieser Scheinargumente erklärte er, die Ereignisse und Politik der letzten Monate hätten ihn zu seinem Austritt veranlaßt. Einer konkreten Begründung wich er mit dem Argument aus, er würde keine politische Erklärung abgeben, um nicht als Verräter an der Arbeiterklasse brandmarkt zu werden. Diese Begründung spricht für sich selbst.

Bezeichnend für die politische Haltung Neumeisters ist auch die Tatsache, daß er nach dem Anschluß des DGB, an den antikomunistischen „freien“ Weltgewerkschaftsbund verschiedentlich die Frage seiner persönlichen, wirtschaftlichen Sicherheit stellte, statt die Gesamtinteressen der Arbeiterschaft als Richtschnur seiner Handlungen zu nehmen.

Für uns als Kommunistische Partei ist dieser Austritt ein weiteres Beispiel dafür, wie das Verlassen der Plattform des Marxismus-Leninismus direkt in das Lager des Gegners, der Imperialisten und ihrer Helfershelfer führt.

Die Trennung von Neumeister wird daher von den Heidelberger Genossen als ein Beitrag zur Säuberung der Partei von schwankenden, opportunistischen Elementen begrüßt. Es wird unserer Partei die Möglichkeit geben, geschlossener und stärker an der großen

Aufgabe der nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes mitzuarbeiten.

Kreissekretariat Heidelberg.

Ein Parteifeind weniger

Die Stellungnahme der Wohngebietsgruppe Mittelstadt-Heidelberg zum Austritt Neumeisters hat folgenden Wortlaut:

Die Wohngebietsgruppe Heidelberg-Mittelstadt hat von dem Austritt Neumeisters Kenntnis genommen.

Die Wohngebietsgruppe bedauert, daß Neumeister einem Ausschlussverfahren zugezogen ist.

Die Haltung und Tätigkeit in der Vergangenheit war nicht das eines Genossen, sondern die eines Parteifeindes, der versucht, durch sein doppelzünglerisches und mehrheitlich Verwirrung in die Reihen der Partei zu tragen.

Die Wohngebietsgruppe Heidelberg-Mittelstadt ist der Ansicht, daß der Austritt Neumeisters dazu beitragen wird, die Partei sauber und schlagkräftig zu machen, um besser als bisher an die großen Aufgaben der Zukunft heranzugehen zu können.

UMSCHAU IM LANDE

Vater verging sich an seinen Kindern

Geislingen (Lwb). Die Geislinger Polizei konnte jetzt einem Vater von drei Kindern auf die Spur kommen, der sich seit längerer Zeit an seinen beiden ältesten Kindern, einem 12jährigen Mädchen und einem 10jährigen Knaben, in grüßter Weise sittlich vergangen hatte. Der entgleiste Vater hat seine Vergehen zugegeben.

Er gab sich als Heimkehrer aus

Geislingen (Lwb). Die Geislinger Polizei konnte dieser Tage einen angeblichen Rußlandheimkehrer entlarven, der vorgab, im September 1948 aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft entlassen worden zu sein. Bei einer Überprüfung wurde festgestellt, daß sich der Schwindler im Jahre 1945 einige Monate in Oesterreich in russischer Haft befunden hatte. Bereits zwei Jahre später hatte er wegen Diebstahls eine dreimonatige Gefängnisstrafe zu verbüßen. Seitdem hat sich der falsche Rußlandheimkehrer in zahlreichen Fällen bei Behörden und Organisationen Zuwendungen und Heimkehrergelder erschwindelt.

Ein gewalttätiger Hausbesitzer

Nürtingen (Lwb). Das Amtsgericht Nürtingen verurteilte dieser Tage einen Hausbesitzer wegen Körperverletzung zu einer Geldstrafe von 60 DM und einer Buße in Höhe von 50 D-Mark. Der Mann hatte eine 74jährige Mieterin am Hals gepackt und gegen eine Wand

Wohnungslage in Nordbaden

Karlsruhe (Lwb). Von rund eineinhalb Millionen Einwohnern Nordbadens leben nach einer Aufstellung des Statistischen Landesamts in Karlsruhe über 2500 Personen in Massen- und rund 17000 Personen in Notunterkünften. Im Gegensatz zu Nordwürttemberg, das eine Wohnfläche von 155 Personen auf 100 Wohnräume aufweist, kommen in Nordbaden auf 100 Wohnräume 177 Personen. Rund 29000 Personen befinden sich zurzeit in Nordbaden auf Wohnungssuche.

Schüler diskutieren

Heidelberg (Lwb). In Heidelberg wurde am Wochenende eine dreitägige Diskussion von Schülern der höheren Lehranstalten beendet. Bei den Diskussionen behandelten die Schüler und Schülerinnen der höheren Lehranstalten erstmals in freier Aussprache allgemeine Probleme der Schule, Lehrerschaft und Eltern nehmen an den Aussprachen lebhaften Anteil.

Die Schüler stimmten besonders einer baldigen Reform des Lehrplanes zu. Eine übermäßige Spezialisierung in der Schule wurde abgelehnt. Es wurde angeregt, die Schüler mehr mit den aktuellen Tagesfragen vertraut zu machen. Die bisherige Form der Schüler-selbstverwaltung wurde auch von den Schülern selbst kritisiert.

Unterhaltsbeihilfe und Krankenfürsorge für Heimatvertriebene

Heidelberg. Die kürzliche Mitteilung, daß mit Gewährung der Unterhaltsbeihilfe nach dem Soforthilfegesetz an Heimatvertriebene, Währungsgeschädigte und Witwen mit drei und mehr Kindern der Anspruch auf Krankenfürsorge verloren gehe, ist durch eine neue Bestimmung hinfällig, nach der die Krankenfürsorge wieder gewährt werden kann. Entsprechende Anträge sind beim Wohlfahrtsamt einzureichen.

Anstellungsbeihilfefrist verlängert

Heidelberg. Die Frist zur Einreichung von Anträgen für Beihilfen von Berufsanwärtern des Handwerks und der Industrie ist bis zum 28. Februar 1950 verlängert worden. Die Anträge sind bei den Arbeitsämtern einzureichen. Zu den Antragsberechtigten zählen nunmehr auch die Sachgeschädigten. Jugendliche, auch solche über 18 Jahre, deren Eltern oder Unterhaltspflichtige sachgeschädigt sind, gelten selbst als antragsberechtigt.

gestoßen, weil sie versucht hatte, trotz seines Verbotes, Wasser zu holen. Er war bereits vor drei Jahren wegen Zuwiderhandlungen gegen eine Anordnung der Wohnungsbehörde bestraft worden.

Vergessene Lebensmittelkarte brachte es an den Tag

Schwäbisch Gmünd (Lwb). Am Freitag wurde eine frühere Angestellte des städtischen Ernährungsamtes in Schwäbisch Gmünd in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert, weil sie lange Zeit hindurch für 30 fingierte Personen Lebensmittelmarken empfangen hatte. Es wurde weiter festgestellt, daß sie auch die anlässlich der Währungsreform ausgegebenen Kopfgelder abgeholt hatte. Ihre Vergehen wurden erst bekannt, als sie eines Tages vergeblich eine Lebensmittelkarte abzuholen.

Anruf genügt und Skihasen können starten

Karlsruhe (Lwb). Die Oberpostdirektion Karlsruhe hat ihren Sportauskunftsdiens durch die Durchgabe von Wintersportmöglichkeiten und Schneeberichten für ganz Baden erweitert. Jeden Donnerstag, Freitag, Samstag und Sonntag werden ab 8 Uhr die neuesten Schneeberichte der bekannten Wintersportplätze im Schwarzwald und Odenwald herausgegeben.

Die Berichte über Schneehöhe, Schneebeschaffenheit und Sportmöglichkeiten stammen von den örtlichen Dienststellen der Bundespost und werden durch den Fernsprecher in Karlsruhe und Bruchsal unter „Sportauskunft“, in Heidelberg unter der Nummer 755, in Mannheim unter 026 und in Pforzheim unter 08 bekanntgegeben.

Griff in die Gemeindekasse

Lauda (Lwb). Am vergangenen Wochenende wurden aus der Gemeindekasse im Laudaer Rathaus 830 DM gestohlen. Die unbekannteten Täter hatten in den Kassenschrank in Höhe des Schloßkastens ein Loch gebohrt und alle Sicherungseinrichtungen „fachmännisch“ entfernt.

Glücklicherweise war kurz vor dem Einbruch ein größerer Betrag aus der Gemeindekasse zur Bezirksparkasse gebracht worden.

Vom Weinkeller ins Krankenhaus und dann ins Grab

Reutlingen (Lwb). Bei Bauarbeiten in einem Reutlinger Gasthof hatte ein 28jähriger Gipser den Weg in den Weinkeller gefunden und sich so unmäßig betrunken, daß er erst nach schwerem Handgemenge von der Polizei überwältigt und gefesselt auf einem Handwagen in den Ortsarrest überführt werden konnte. Nachdem er die Einrichtung der Zelle demoliert hatte, wurde er in bewußtlosem Zustand ins Krankenhaus gebracht, wo er einige Stunden später einer Gehirnembolie erlag.

„Stierkämpfer“ landete im Krankenhaus

Gaidorf (Lwb). Ein Jungbauer aus dem Kreis Backnang kam dieser Tage auf die Idee, sich als Stierkämpfer aufzuspielen. Er beschaffte sich zu diesem Zweck ein rotes Tuch und hielt es einem Stier vor die Nase. Dieser stürzte sich auf den Matador und brachte ihm erhebliche Verletzungen bei. Der Besiegte mußte ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Niedersachsen marschiert, und nun müssen sie einander getrennt zu schlagen versuchen. Sie kennen einander zu gut und werden sich nichts vormachen können. Ein Blatt könnte wohl für die Bayern abfallen und das würde sie schon zufriedenstellen. Die Münchener Löwen werden es am Sonntag mit einem recht harten Knocken zu tun bekommen, denn an den Augsburger Schwaben hat sich schon mancher Punktungrube die Zähne ausgebeißt. Ob die Löwen mit dem ganzen Brocken fertig werden, dürfte recht zwei-



teig sein. In Frankfurt brüten elf Eintrachtige finstere Rache. Schwer hatten die Waldhof-Buben den roten Adler damals in 1' nheim zerzaust, und es ist noch kein Gras darüber gewachsen, geschweige denn Schnee gefallen, der Frankfurts Revanche noch erleichtern würde. Herunter vom zweiten Platz" wird das Feldgeschrei von Müllburg über Mannheim bis Frankfurt sein und mit vereinten Kräften wird man den Ast absägen, auf dem der Vize-Herbstmeister bisher so unsicher saß. Was kann er dagegen tun? Nur gewinnen — wenn er kann!

Mit den besten Vorsätzen und freiem Willen ziehen die Offenburger in den Revanche-

kampf gegen Rastatt. Sie haben das Zeug und den Willen dazu, um zu gewinnen und aus den unteren Regionen etwas aufzutreiben. Wir gehen nun auf die Dörfer und nehmen an, daß Zuffenhausen sich mit seinem Gast aus Feuerbach gültig auf 50:50 einigt. Degegen werden die Normannen aus Gmünd nicht die Kirche im Dorf lassen, sondern's Kirchheim punktbeladen heimkehren. Schwenningen wird am Sonntag immer mit einem Auge nach Offenburg schielen und dabei könnte ihnen Ebingen wie schon beim letzten Mal die Punkte wegschnappen, vinstens einen. In Viernheim hängen die Trauben nicht mehr so hoch wie einst, und wenn die Rohrbacher von ihrem Lehrspiel gegen Waldhof profitiert haben, könnte sie die grüne Gefahr zum Erbleichen bringen.



In Aalen und in Hockenheim werden die Gäste aus Ulm und Karlsruhe vielleicht ihr blaues Wunder erleben.

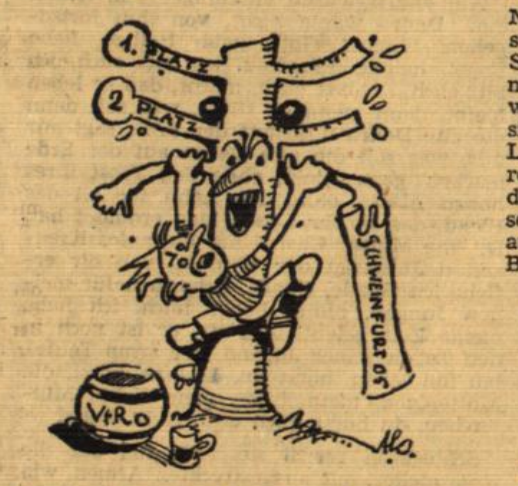


Geh'n wir mal nach Heidelberg

Liebe 1upfreunde! Das Totoglück ist doch sehr ungerecht! Schon wieder ist ein Riesengewinn nach Heidelberg gefallen, und wir Ausgebombten haben das Nachsehen. Dabei ist Heidelberg nicht einmal Oberliga. Da kann man wieder sehen, daß es beim Toto gar nicht auf den „Fußballverstand“ ankommt, sonst hätte Mannheim mit zwei Oberligaverbindungen und sogar dem Deutschen Meister doch viel mehr Chancen beim Toto haben müssen. Ob das an der Heidelberger Luft liegt, daß die dort aufgegebenen Wertscheine soviel mehr mit Volltreffern bedacht wurden? Wer also seine Aussichten noch verbessern will, der fahre zum Tippen nach Heidelberg. Wetten wir, daß manche Schlaumeier es tun werden? Vielleicht rentiert die Fahrt sich.

Seit einigen Wochen krabbelt der Deutsche Meister vergeblich am Stamm der Oberliga-Tabelle empor, um auf den zweithöchsten Ast zu kommen. Immer wieder rutscht er ab. Auch am kommenden Sonntag wird es für den Meister von den Brauereien nicht so einfach sein, den mit Bolleyern und Isackern wird man die Schweinfurter nicht aus dem Wege räumen können, die ja auch auf den grünen Zweig kommen wollen, auf dem der VfR jetzt sitzt. Aber wir wollen trotz dem Schweinfurter Grün keine Schwarzseher sein und halten es mit dem VfR.

In der Sache Kickers gegen Kickers haben



die Offenbacher wohl alle Fachleute auf ihrer Seite, nachdem sie in letzter Zeit so tüchtig vom Leder zogen. Nur wer blind tippt, kann da vielleicht ein goldenes Korn finden. In Augsburg haben wir eine besonders harte Nuß zu knacken. Drei muntere Dinger hatten die Ballspieler dem Club in Nürnberg eingetrichtert, und es wäre kein Wunder, wenn der anscheinend noch nicht ganz erwachte Löwe vom Zabo in Augsburg wenigstens ein Haar lassen müßte. In Mühlburg treffen sich zwei, die gerne Halpart machen. Bornheimer Beton ist für Mühlburger Verhältnisse nicht minder fest als für Mannheimer. In Frankfurt teilte man brüderlich, und es müßte schon ein Sturm von Windstärke 11 wehen, wenn es diesmal anders kommen sollte.

Elf Rothosen aus München wollen in Fürth ein Kleeblatt rupfen. Erst am vergangenen Sonntag waren sie vereint gegen

# Ministerpräsident beurlaubt Ministerialrat Ströble nicht

## Rapp war stellvertretender Befreiungs-Minister

### Wer wird Direktor der Landes-Polizei? — Was will Dr. Hausmann werden?

Auf einer Pressekonferenz äußerte sich Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier zu der Korruptionsaffäre May-Meyer usw. Der Ministerpräsident erklärte, er habe auch nach der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gegen Ministerialrat Ströble, den Leiter der Kopfstelle des Befreiungsministeriums beim Staatsministerium, nicht die Absicht, ihn zu beurlauben. Das Ermittlungsverfahren stütze sich auf zwei Äußerungen bei einer Pressekonferenz und er, wie auch die drei Juristen im Ministerrat, beurteilten das Verfahren so, daß es „in jeder Beziehung vorsorglich zu bewerten“ sei. Der Ministerpräsident sagte, es sei ihm nicht bekannt, daß der Anzeigerstatter gegen May-Meyer — Stockinger — mit einem Rechtsanwalt bei Ministerialrat Ströble vorgesprochen hätte, um seine Anschuldigungen Ströble, bzw. ihm, dem Ministerpräsidenten selbst vorzutragen. Auch aus den Briefen, die Stockinger an Ströble geschrieben habe, habe man nichts Konkretes entnehmen können. Der Ministerpräsident hatte auch keine Kenntnis von einer Aussage Ströbles in einem Spruchkammerverfahren, nach der Ströble sich als die „rechte Hand“ des Gauleiters Murr bezeichnet haben soll. Tatsächlich war Ströble auch während des Dritten Reiches im Staatsdienst verblieben. Er war Anklagevertreter für Disziplinarstrafverfahren bei Gauleiter Murr. Im übrigen stellte der Ministerpräsident fest, daß er die parlamentarische Verantwortung für diese Dinge (an Stelle eines Befreiungsministers) trage.

„Durch mich geschehen“  
Auf die Frage, ob ihm bekannt sei, daß verschiedene Seiten gegen die Verwendung des inzwischen verhafteten Leiters des „Büros Rapp“, Andreas Rapp, im Befreiungsministerium protestiert hätten, antwortete der Ministerpräsident zunächst, indem er von „einigen Herren“ sprach, die „keine deutschen Journalisten sind und auch andere Aufgaben zu erfüllen haben“. Diese würden ein „zwerchfellerschütterndes Geheul“ anstimmen, wenn man ihnen ihre Fehlgriffe alle vorhalten würde, die sie begangen hätten. Rapp sei „in Fragen der Organisation willkommen“ gewesen und habe „viel zur Beschleunigung der Entnazifizierung beigetragen“. Auf die Frage, ob ihm bekannt sei, daß Rapp Geschäftsführer des NS-Rechtswahrbundes gewesen ist, meinte der Ministerpräsident, das Befreiungsministerium habe außer seiner Verantwortung gelegen, die Frage, wer Rapp als stellvertretenden Befrei-

ungsminister eingesetzt habe, beantwortete er: „Das wird wahrscheinlich durch mich geschehen sein.“

Wird das ein Ausweg?  
Der Ministerpräsident meinte, man wisse noch nicht einmal, ob August Meyer an May tatsächlich (Bestechungs-) Geld gegeben habe und es möge auch Klienten des Meyer gegeben haben, die ihm in der Meinung, er habe Einfluß auf die Entnazifizierung, Geld gaben. (Nach dieser Betrachtungsweise ist allenfalls eine Privatklage der verschiedenen entnazifizierten Industriellen gegen Meyer-Nürtingen zu erwarten, weil sie betrogen wurden).

Was genügt Hausmann?  
Die Pressemeldungen, es sei erwogen worden, den gegenwärtigen kommissarischen Leiter der Landespolizei, Oberregierungsrat Hoffmeister, abzuuberufen, um auf diese Weise die polizeilichen Untersuchungen zu beeinträchtigen, dementierte der Ministerpräsident. Davon könne keine Rede sein. Die Liste der Bewerber um den Posten des Leiters der Landespolizei enthalte zwar den Namen des Ministerialrats Wilhelm, nicht aber den Dr. Wolfgang Hausmanns. (Beide Namen wurden in den Meldungen genannt.) Wenn der Letztere in den Staatsdienst treten würde, dürfte ihm die Stelle eines Landespolizeidirektors nicht genügen, meinte der Ministerpräsident.

Peinliche Fragen werden abgewürgt  
Auf eigenen Wunsch hat vorgestern Ministerialrat Ströble auf einer Betriebsversammlung der Angestellten der Zentralspruchkammer Ludwigsburg zum Korruptionsfall May-Meyer Stellung nehmen wollen. Zunächst schilderte er sein Verhältnis zu Herrn Meyer. Bei der Darstellung seines Verhaltens gegenüber Stockinger erklärte Ströble, daß dieser ein Narr sei, der hinlänglich als Querulant und Denunziant bekannt gewesen sei. Er hätte in Kombination mit Stockinger nicht gegen seine Mitarbeiter vorgehen wollen. Bekanntlich hatte Ströble den Hinweis Stockingers auf die Korruptions-Firma May-Meyer keine Bedeutung beigemessen.

Bei dieser Gelegenheit kam die Versammlung auf einen Briefentwurf zu sprechen, den der Betriebsrat der Zentralspruchkammer an den Ministerpräsidenten Maier schicken wollte. In dem Schreiben wird verlangt, daß Ströble wegen des eingeleiteten Ermittlungsverfahrens abberufen werden solle. Durch seine überrumpelnde Verhand-

## „Das war ja nur Altmaterial“

Zwei arbeitslos gewordene „Kumpels“, Theo und Ernst, führen eines Tages mit dem Fahrrad zum Schutloch an der Lütlich-Kaserne, um etwas „Brauchbares“ zu suchen. Von wem der Plan ausging, die Suche auf das Gelände des Steg-Lagers bei der Lütlich-Kaserne auszudehnen, war eigentlich nicht genau festzustellen. Obwohl das Materialenlager von einem Stacheldrahtzaun eingeschlossen war, hinderte das die beiden nicht, durch eine Öffnung hindurchzukriechen. „Man kennt das vom Krieg her“, meinte dazu Ernst beiläufig.

An diesem Vormittag gingen lediglich zwei Autokühler mit. Der Erlös für die bei einem Altwarenhändler umgesetzten Gegenstände war aber nach Ansicht der beiden nur ein besseres Trinkgeld. Aus diesem Grunde entschlossen sie sich, am Nachmittag des selben Tages nochmals zum Tatort — diesmal aber allerdings mit einem Handwagen — zurück zu kehren. Diesmal waren es elf Kühler, die ihren Besitzer wechselten.

Springender Punkt für den Richter war die Frage eines eventuellen Einbruchdiebstahls d. h. wie groß war die Öffnung am Draht, durch die die beiden hindurchkrochen. Ein Zeuge behauptet, die Öffnung hätte einen Durchmesser von 15 mal 15 cm. Daß die beiden Angeklagten diese Maße bedeutend höher taxierten, ist zu verstehen. Es wurde zwar festgestellt, daß die natürliche Öffnung künstlich erweitert wurde, aber von wem, konnte nicht erwiesen werden. Als Ernst zum Ergötzen des Publikums erklärte: „Ich war an diesem Tag besonders schlank“, glaubte er diese gefährliche Klippe

umschiffen zu haben. Theo holte noch weiter aus und meinte: „Da konnte man ganz gemütlich einsteigen“.

Der Richter enthielt sich vorsichtshalber der Meinung zu obiger Streitfrage und erkannte lediglich auf Diebstahl. Theo, der Mann mit Vergangenheit — er ist mit 20 Jahren bereits viermal vorbestraft — erhielt sieben Monate Gefängnis. Als ihn der Richter zu Beginn der Verhandlung nach seinen Vorstrafen fragte, versuchte der Angeklagte sein Register zu bagatelisieren, indem er feststellte: „Vor Gericht stand ich noch nie, ich bekam immer alles zugestellt.“ Ernst, sein Komplize, kam günstig mit vier Monaten davon.

Selbst das Gericht mußte abschließend anerkennen, daß die Motive zur Tat durchaus nicht verbrecherischer Natur waren. Ernst ist bereits über ein Jahr arbeitslos und erhielt zuletzt überhaupt keine Unterstützung mehr. Er ist Flüchtling und wohnt ohne Aufenthaltsgenehmigung in Mannheim. Aber auch Theo konnte nachweisen, daß er zum Zeitpunkt der Tat längere Zeit arbeitslos gewesen ist.

Protestkundgebung der Mannheimer Polizei  
In einer gut besuchten Betriebsversammlung der Mannheimer Polizei-Beamten schaffte man diese gestern zu verschiedenen, die unmittelbare Existenznotwendigkeiten der Mannheimer Polizeibeamten betreffenden Fragen, Stellung. Leider können wir wegen Platzmangel erst in unserer morgigen Ausgabe näher darauf eingehen.

Betrunkener, seine Knie zitterten, seine Füße waren schwer wie Blei. Und immer das Schwanken des Himmels — und die fürchterliche Uebelkeit. Er machte ein paar unsichere Schritte. Jede Bewegung kostete ihn entsetzliche Schmerzen in den Wunden. Er wischte sich den Mund ab, aus dem Blut floß. Er überschritt die Straße mit vorgestreckten Händen, wie ein Blinder, der sich einen Weg durch das Dunkel bahnt. Der Graben versagte ihm die Füße, und er fiel hin. Er krallte sich mit den Nägeln ins Gras, er hielt sich an den Disteln fest, er kroch bis zum Zaun und zog sich daran in die Höhe mit verzweifelter Willensanstrengung. Er keuchte, und eisiger Schweiß feuchtete seine Stirn. Seine gekralzten Finger folgten dem Zaun; er ging in einer von Blitzen durchzuckten Nacht, mit schwandendem Kopf, mit stolpernden Füßen. Schwächeanfalle überkamen ihn mit entsetzlicher Uebelkeit, er erbrach etwas Dickes, Klumpiges, und die Beine versagten ihm. Er umfaßte mit dem Arm einen Pfosten, aber sein lebloses Gewicht zog ihn nieder, er glitt zu Boden. Er wachte immer wieder auf, jedesmal war er schwächer, aber der unbeugsame Wille, sein Haus zu erreichen, erweckte seine letzten Kräfte. Er kroch auf dem Bauch weiter, er schleppte sich bis an den Zaun. Der Himmel war fahl geworden, und im Osten zeigte ein Streifen Helligkeit den Sonnenanfang an, als er das Tor erreichte. Er kroch unter den Bambusstäben hindurch. Der Fußweg erstreckte sich vor ihm wie ein Bach im rieselnden Mondlicht. Der kleine Hund kam gelaufen, er bellte zweifelt, entsetzt über diesen Menschen, der auf Händen und Knien auf das Haus zukam.

Manuel warf sich mit dem ganzen Körper gegen die Tür.  
„Wer ist da?“ rief Delira.  
„Mama“, seufzte er.  
Der Hund heulte.  
„Ich frage, wer ist da?“ wiederholte Delira.

Sie stand auf, zündete die Lampe an. Eine tödliche Angst machte sie zittern. Hinter der Tür, im Dunkel, eine abgerissene Klage: „Bitt“ dich, Mutter, mach schnell.“  
„Manuel? Jesus-Maria-Joseph.“  
Er lag ausgestreckt vor ihr. Sie schleppte mit ihren schwachen Armen den schweren Körper ins Zimmer. Dort bemerkte sie das Blut und stieß einen Schrei aus.  
„Ich wußte es, ich wußte es, sie haben ihn ermordet, sie haben meinen kleinen Jungen umgebracht. Hilfe! Hilfe, Freunde!“  
„Schweig Mutter, schweig“, hauchte Manuel schwach, „Schließ die Tür und hilf mir ins Bett, Mama.“  
Zum Bett mußte sie ihn fast tragen. Wo nahm sie die Kraft dazu her, die alte Delira? Der Gedanke, daß er sterben müßte, trieb sie an. Sie entkleidete ihn, zwei kleine schwarze Wunden waren in seiner Seite und im Rücken. Sie zerriß ein Tuch, verband die Stiche, machte Feuer an, um Feigenblätter abzukochen.  
Manuel lag mit geschlossenen Augen da, er atmete kaum. Die Ewige Lampe brannte unter dem Bilde Oguns. Der Gott schwang den Säbel, und sein roter Mantel hüllte ihn in eine Blutwolke.  
Delira setzte sich mit tränengeblendeten Augen zu ihm.  
Manuels Lippen bewegten sich.  
„Mama, bist du da, meine Mutti? Bleib bei mir, Mama.“  
„Ja, mein Kleiner, ja, Liebling, ich bin da.“  
Sie streichelte seine Hand, sie küßte die Hand, die von Erde schmutzig war.  
„Nenne mir den Namen dessen, der dich überfallen hat, damit ich Hilarton Nachricht geben kann.“  
„Nein, nein!“ Seine schwache Stimme flüchte.  
„Das darf nicht sein. Das Wasser — wir müssen das Wasser retten. Die Tauben schlagen mit den Flügeln im Laub, die Tauben. Frag Annaise nach dem Weg zum Zauberbaum, dem Weg des Wassers.“

lungstaktik gelang es Ströble, einige peinliche Situationen der Versammlung abzuwürgen. Trotzdem ließ es sich nicht vermeiden, daß ein Spruchkammerangestellter Fragen an ihn richtete, die ihm schließlich unangenehm waren. So tauchte die Frage auf, warum Ströble in das Spruchkammerverfahren Stockingers seinerseits eingegriffen hätte, wenn dieser ein Narr gewesen sei. Ströble lehnte es ab, diese Frage konkret zu beantworten. Das werde er nur vor dem Staatsanwalt tun.  
Nachdem er sich anfangs dagegen gewehrt hatte, daß Fragen über seinen Fall in seiner Abwesenheit behandelt werden, war er nunmehr schnell bereit, die Versammlung zu verlassen, als ein Betriebsratsmitglied die Andeutung machte, ihn störe die Anwesenheit Ströbles.

## Polizei-Streiflichter

Sehr unliebsame Kunden!  
Bei einem zur Nachtzeit verübten Einbruch in eine Drogerie in der Neckarstadt fielen den Dieben Lebensmittel und Fotoapparate im Gesamtwert von etwa 5 bis 6000 DM in die Hände. Die rückwärtige Tür der Drogerie war mittels Stemmmeisen erbrochen worden. Ihren Rückzug nahmen die Einbrecher über ein Trümmergrundstück.

Ebenso wurde aus einem im Parkgelände des Städt. Krankenhauses gelegenen Verkaufshäuschen sowie aus dem dazugehörigen Lagerraum eine größere Menge Geldes und Waren gestohlen. Auch hier hatten die Täter die Türen und sogar die vergitterten Fenster gewaltsam geöffnet.

Nachtrag zum Mordprozeß Hahn  
Obwohl der vom 2. November 1949 datierte in unserer Zeitung erschienene Artikel „Mordprozeß Hahn vor dem Schwurgericht“ bereits längere Zeit zurückliegt,

wollen wir einen uns damals unterlaufenen Irrtum nachträglich berichtigen. Bei dem Bruder der Angeklagten handelt es sich nicht, wie erwähnt, um einen Gewohnheitsdieb. Der Genannte war lediglich in einem Prozeß gegen Schwarzschlachtung und Schwarzhandel verwickelt.

## Allgemeine Funktionärkonferenz

des Stadtkreises Mannheim am Samstag, den 28. Januar, 15 Uhr, in der Kantine der Motorenwerke.

Thema:  
„Die Resolution der 14. Tagung des Parteivorstandes der KPD“.  
Referent: Genosse Fritz Saal Mdl.  
Alle Funktionäre und aktiven Genossen sämtlicher Parteieinheiten sollen an dieser wichtigen Konferenz teilnehmen. Pünktliches Erscheinen ist Pflicht. Zutritt kann nur mit Mitgliedsbuch erfolgen.

KPD, Kreisvorstand Mannheim.

## »Möbel-Klinger - billig immer«

An meine werten Kunden und Geschäftsfreunde!

Endlich ist es mir wieder möglich, ab heute in Mannheim, J 1, 12, einen Ausstellungs- und Verkaufsraum zu eröffnen.

Ich bin wie früher bestrebt, bei reichhaltiger Auswahl

### Schlafzimmer

in Birke, Afrik.-Birnbäum, Nußbaum, Eiche etc. sowie

### Küchen

in modernster Ausführung in Esche, Rüstern, Elfenbein, naturlackiert und

### Einzelmöbel

alle wie Schränke, Buffets, Tische, Stühle etc. außerdem

### Büromöbel

wie Rollschränke, Schreibtische, Akten-Kleiderschränke, Chefzimmer Schreibmaschinentische, Bürotische, Stühle etc.

zu wirklich günstigen Preisen anbietend. Mein Grundsatz soll wie früher sein:

»Möbel-Klinger - billig immer«

Um unverbindliche Besichtigung wird gebeten. Beachten Sie meine Schaufenster!

Wohn- u. Büromöbel **Eugen Klinger** J 1, 12 (Eckladen)

(30 Meter von der Breiten Straße) - Fernsprech-Anschluß Nummer 43470 - (Bis 1938 in S 2, 6)

## Jetzt wieder Auswahl wie im Frieden!

Strümpfwollen in großer Auswahl  
Sportwollen Deutsche Markenfabrikate in 35 Farb-tönen u. den neuesten Frühlingfarben  
Strickgarne, Häkelgarne, sämtl. Handarbeitsutensilien  
Auskunft und Beratung in allen Handarbeitsangelegenheiten



Das Textilhaus im Norden Mannheims  
**MANNHEIM-LUZENBERG**  
Tel. 511 02 Ecke Spiegel- und Glasstraße Tel. 511 02

## Eine Auswahl!

empfehlenswerter Radio-Geräte der Saison 1950 zeigt Ihnen Ihr Radio-Fachgeschäft

Jotha Trumpf	99.50 DM
Schaub Firol	128.00 "
Blaupunkt, 3 R., 4 Kreise	185.00 "
Grundig Weltklang 246 W	246.00 "
Löwe Komet	298.00 "
Grundig Weltklang 346 GW	346.00 "
Blaupunkt, 5 R., 6 Kreise	333.00 "
Nord Mende 370	370.00 "
Lorenz Nürnberg	378.00 "
Schaub WS 51	395.00 "
Grundig Weltklang 396 W	396.00 "
Löwe Kosmos	398.00 "
Braun Super 550 W	397.00 "
Saba Kristall	425.00 "
Braun Phono Super	595.00 "

Achten Sie auf meine Teilzahlungsbedingungen. Anzahlung nach Vereinbarung der Restbetrag in 5, 10 und 15 Monatsraten.

## RADIO-BRAUSCH

Mannheim-Waldhof, Oppauer Str. 26  
Plattenspieler, Schallplatten, Beleuchtungskörper aller Art, elektr. Geräte, Elektroherde auch auf Teilzahlung.

## JACQUES ROUMAIN



VERLAG VOLK UND WELT BERLIN

23. Fortsetzung  
„So wird es sein, mein Mädchen, und du wirst sehen, daß dein Mann kein Nichtstuer ist, sondern ein tüchtiger Bauer, der morgens beim ersten Hahnenschrei aufsteht, vor Tau und Tag, der von ganzem Herzen daran arbeitet, sein Feld zu bestellen.“

Das Haus schlief, in der Tiefe des Hofes unter den Bäumen. Er blieb einen Augenblick stehen. Er atmete den Duft der blühenden Bäume ein, und große, ruhige Freude erfüllt ihn. Schlaf wohl, Anna, schlaf wohl, Liebste, bis die Sonne erwacht.  
Ein Rascheln im Gras ließ ihn sich umwenden. Er hatte nicht mehr Zeit, den Stich abzuwehren. Blutgeschmack stieg ihm in den Mund. Er taumelte und fiel zu Boden. Die Fackel erlosch.

XIII  
Er kam zu sich, und die ferne Helle der Sterne schwankte in langsamer Drehung um ihn. Ein scharfer Schmerz hielt ihn am Boden fest. „El desgraziado... ich sterbe.“ Er versuchte, sich aufzurichten. Er fiel wieder vornüber. „Ich muß sterben; auf der Straße, wie ein Hund.“ Es gelang ihm, sich auf die Ellbogen zu stützen, sich ein Stück vorwärts zu schleppen. Er war zu schwach, um Hilfe herbeizurufen. Wer würde ihn auch hören in der Nacht, die dem Schweigen und dem Schlaf gehörte? Mit unendlicher Anstrengung, Seite und Schulter von Dolchstichen zerissen, gelang es ihm, aufzustehen. Er taumelte wie ein

Unter dem schlecht geschlossenen Fensterflügel schien erstes Tageslicht hinein. Die Hühner gackerten draußen wie sonst. Manuel öffnete die Augen. Er schnappte die Luft ein in kleinen, keuchenden Stößen.  
„Bist du aufgewacht, mein Sohn“, fragte Delira. „Wie fühlst du dich? Tut dir dein Körper weh?“

Er murmelte: „Ich habe Durst.“  
„Willst du ein bißchen Kaffee?“  
Er bejahte mit einer Bewegung der Augenlider.  
Delira ging den Kaffee aufsetzen und kam mit dem warmen Feigenblätteraufguß zurück.  
„Se wusch seine Wunden. Es war wenig Blut daraus geflossen.“  
„Ich habe Durst“, wiederholte er.  
Delira brachte den Kaffee. Sie richtete Manuel in ihren Armen auf, und er trank mit Anstrengung. Sein Kopf fiel auf das Kissen zurück.  
„Öffne das Fenster, Mama.“  
Er betrachtete den lichten Streifen am Himmel, der sich allmählich verbreiterte. Er lächelte schwach.  
„Der Tag erhebt sich. Jeden Morgen erhebt sich der Tag. Das Leben beginnt von neuem.“  
Delira drang in ihn: „Sag, Manuel, sag mir doch den Namen des Mannes, damit ich ihn Hilarton nennen kann.“

Seine Hände fuhren auf der Decke herum. Die Nägel waren wie weiße Muschelschalen. Er sprach, aber so leise, daß Delira sich über ihn beugen mußte, um ihn zu verstehen.  
„Deine Hand, Mutter, gib mir deine Hand. Wärme mich. Mir ist so kalt an den Händen.“  
Delira betrachtete ihn verzweifelt. Seine Augen haben sich in den Höhlungen erweitert. Grünlche Flecken breiten sich auf den eingefallenen Wangen aus. Er geht; mein Junge geht fort, der Tod ist über ihm.  
„Hörst du mich, Mutter?“  
„Ich höre dir zu Manuel.“

Schluchzen zerriß sie. Sie fiel auf die Knie nieder, mit ausgestreckten Armen, wie gekreuzigt. Sie küßte die Erde. O Erde, heilige Erde, trink nicht sein Blut, im Namen des Vaters und des Sohnes und des Heiligen Geistes. Amen. — Sie weinte und betete, aber was nützen alle Bitten und Gebete, wenn jene letzte Stunde gekommen ist, von der die Bibel spricht: wenn der Mond verlöscht und die Sterne verlöschen und das Siegel der Wolken die Sonne verbirgt, und der fleißige Bauer sagt: ich bin müde, und die Frau hört auf, den Mais zu stampfen, weil sie müde ist, und da ist ein kleiner Vogel, der lacht im Wald wie eine rostige Kinderklapper, und jene, die gesungen haben, sitzen stumm im Kreis und reden kein Wort, und jene, die geweint haben, laufen durch die Straßen und rufen: kommt mit, kommt mit, denn heute legen wir unseren Manuel in die Erde. er geht fort in den Friedhof, er geht fort ins Grab, er geht fort von uns, — in den Staub.

„Hörst du mich, Mutter?“  
„Ich höre dir zu Manuel.“